

Dieser erste Überblick zur Geschichte der Pulverfabrik Liebenau und der dort geleisteten Zwangsarbeit wurde mit etlichen Fotografien – die hier fehlen – erstmals veröffentlicht in:

Bodo Förster/Martin Guse,
„Ich war in Eurem Alter, als sie mich abholten!“ –Zur Zwangsarbeit der ukrainischen Familie
Derewjanko in Berlin-Schöneberg und Steyerberg/Liebenau 1943 bis 1945
Liebenau/Berlin 2002 (121 Seiten, 70 Fotos, 9 Abbildungen, broschiert, ISBN 3-00-009250-1)
S. 47 bis 67:

Martin Guse

Die Pulverfabrik Liebenau 1938 bis 1945 – Ein Überblick

Nach mehrmonatigen Planungen begann die Firma Wolff & Co. aus Walsrode im Sommer 1939 mit dem Bau einer Pulverfabrik in der unmittelbaren Umgebung der Ortschaften Liebenau und Steyerberg (Landkreis Nienburg/Weser). Auf einer Gesamtfläche von ca. 12 qkm und in insgesamt 356 neu errichteten und zum Teil unterirdisch angelegten Gebäuden produzierte ihre Tochterfirma Eibia GmbH im Auftrag des Oberkommandos des Heeres (OKH) ab 1941 verschiedene Pulvergrundstoffe, Pulver und Raketentreibsätze. Bis 1945 wurden dort knapp 41.000 Tonnen Pulver hergestellt. Beim Aufbau des Werkes und in der Pulverproduktion kamen weit mehr als 11 000 Menschen zum Einsatz. Neben vergleichsweise wenigen deutschen Arbeitskräften handelte es sich vor allem um Kriegsgefangene, Fremd- und Zwangsarbeiter/innen aus unterschiedlichen Nationen sowie um die Häftlinge des „Arbeitserziehungslagers“ Liebenau. Insbesondere die Häftlinge dieses Lagers, das von 1940 bis 1943 bestand, die sowjetischen Kriegsgefangenen sowie die Zwangsarbeiter/innen aus den osteuropäischen Ländern mussten unter unmenschlichen Bedingungen schwer arbeiten. Unzureichende Ernährung und eine mangelhafte ärztliche Versorgung führten zum Ausbruch schwerer Krankheiten wie Ruhr, Typhus und Tuberkulose, die ungefähr 2 000 Todesopfer forderten.

Die Aufrüstung des „Deutschen Reiches“ zum Zweck eines Eroberungskrieges bestimmte von Anfang an die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik. Bereits wenige Tage nachdem Adolf Hitler am 30. Januar 1933 von Reichspräsident Hindenburg als Reichskanzler eingesetzt worden war, forderte er in einer Haushaltsberatung seines Kabinetts am 8. Februar „alles für die Wehrmacht“. Das Kabinett, in dem zu diesem Zeitpunkt außer Hitler mit Wilhelm Frick (Reichsinnenminister) und Hermann Göring (Minister ohne Geschäftsbereich) lediglich zwei weitere Nationalsozialisten vertreten waren, folgte der Forderung Hitlers und beschloss, zunächst die Mittel für den Wehrmachtsbedarf sicherzustellen und erst dann die möglichen Ausgaben im zivilen Bereich zu prüfen.¹ Damit waren die wirtschaftspolitischen Weichen für die folgenden vier bis fünf Jahre dahingehend gestellt, „daß die Wirtschaft des Deutschen Reiches [...] in erster Linie an den Bedürfnissen der deutschen Aufrüstung ausgerichtet sein“ sollte und „alle Sonderinteressen gegenüber diesem Ziel zurückzutreten“ hätten.² Im Unterschied zum ersten Vierjahresplan, der in erster Linie noch reinen Propagandazwecken Hitlers („Gebt mir vier Jahre Zeit!“) diente, stellte die Verkündung des zweiten Vierjahresplans auf dem Parteitag der NSDAP im September 1936 eine entscheidende

¹ Protokoll der Sitzung vom 8.2.1933, Akten zur deutschen auswärtigen Politik, C, Bd. 1, S. 36, zit. nach: Hans-Erich Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, in: Deist u. a., Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt/M. 1989, S. 250.

² Felix Weil, Neuere Literatur zur deutschen Wehrwirtschaft, in: Zeitschrift für Sozialforschung 7 (1938), S. 201, zit. nach: Volkmann, NS-Wirtschaft, S. 250.

Änderung dar. Die maßgeblichen Ziele hatte Hitler kurz zuvor in einer Denkschrift formuliert: „I. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.“³ Mit der Etablierung des Vierjahresplans als eine Oberste Reichsbehörde schuf Hitler zudem einen zentralistisch aufgebauten Lenkungsapparat. Er ernannte Hermann Göring zum „Beauftragten für den Vierjahresplan“ und stattete ihn mit umfassenden Kompetenzen aus. Folgerichtig stiegen die jährlichen Rüstungsausgaben des NS-Staates von 5,5 Milliarden Reichsmark im Jahr 1935 auf über 16 Milliarden Reichsmark im Jahr 1938 an. Insgesamt verwendete der NS-Staat bis Kriegsbeginn zwischen 70 und 80 Milliarden Reichsmark für die massive Aufrüstung, die für die beteiligten Unternehmen - vor allem die Großkonzerne in der Schwerindustrie und der chemischen Industrie – mit enormen Investitionsvorteilen und Profiten verbunden war.⁴

Von besonderer Bedeutung für die kriegsvorbereitende Aufrüstung war die Pulver- und Sprengstoffproduktion. Die Schlüsselfigur auf diesem Gebiet war Dr. Carl Krauch, Vorstandsmitglied der IG Farben, der maßgebliche Vorarbeiten zur Denkschrift Hitlers und zum zweiten Vierjahresplan geliefert hatte.⁵ Im Jahr 1938 avancierte Krauch zum „Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung beim Beauftragten für den Vierjahresplan“. In dieser Funktion zeichnete er unter anderem für die Pulver- und Sprengstoffproduktion des „Reiches“ verantwortlich. In dem Ende Juni 1938 verabschiedeten „Krauch-Plan“⁶ legte er Planzahlen für die Produktion von Pulver-, Spreng- und chemischen Kampfstoffen für die folgenden vier Jahre fest. In einem weiteren „Schnellplan“ vom 13. August 1938 datierte Krauch den frühestmöglichen Kriegsbeginn aus wirtschaftlicher Sicht auf Herbst/Ende 1939, verbunden mit einer Korrektur der vorgesehenen Kapazität auf nunmehr 13 250 Monatstonnen (moto) Pulver.⁷ Neun Tage später gab Göring den „Befehl zur Durchführung des wehrwirtschaftlichen neuen Erzeugungsplanes sowie des Schnellplanes“. Er betraute Dr. Carl Krauch mit der Gesamtleitung des Vorhabens, das „den Ausbau von

³ Wilhelm Treue, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), S. 204-210, Zitat: S. 210.

⁴ Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 1, S. 31 f.; vgl. ders., Ökonomie, Politik und Kriegsführung. Wirtschaftliche Kriegsplanungen und Rüstungsorganisationen bis zum Ende der „Blitzkriegs“phase, in: ders. (Hg.), Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, Berlin 1999, S. 9-41, hier: S. 15 f.; Volkman, NS-Wirtschaft, S. 293.

⁵ Die IG Farben war der größte deutsche Industriekonzern, zu dem sich 1925 die führenden Chemiekonzerne (BASF, Bayerische Farbwerke Hoechst, Agfa u. a.) zusammengeschlossen hatten und gleichzeitig das Unternehmen, das am tiefsten in die Verbrechen des NS-Regimes verstrickt war, vgl. Joseph Borkin, Die unheilige Allianz der I.G.Farben – Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich, Frankfurt/Main 1990; OMGUS. Ermittlungen gegen die I.G. Farbenindustrie, übersetzt und bearbeitet von der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik Hamburg, Nördlingen 1986.

⁶ Die offizielle Bezeichnung war „Wehrwirtschaftlicher Erzeugungsplan“; wurde auch „Karinhall-Plan“ genannt.

⁷ Barbara Hopmann, Von der Montan zur Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) 1916-1951, Bonn 1996, S. 117 f.

Pulver-, Sprengstoff- und K-Stofffabriken sowie ihrer Vorprodukte“ beinhaltete. Mit Carl Krauch hatte ein maßgeblicher Vertreter der Industrie direkte Zugriffsmöglichkeiten auf die staatlichen Entscheidungshierarchien in der Rüstungsplanung und -lenkung erhalten, wobei er in seiner Position als „Generalbevollmächtigter“ das eigene Unternehmen mit entsprechenden Aufträgen versorgte. Die von ihm vertretene IG Farben und die mit ihr assoziierten Firmen - zu denen auch die Firma Wolff & Co. aus Walsrode gehörte - lieferten im Eroberungs- und Vernichtungskrieg der Nationalsozialisten schätzungsweise 84 % der Sprengstoffe, 70 % des Pulvers sowie den größten Teil der Medikamente.⁸

Das „Montan-Schema“

Grundlage für den in Krauchs „Schnellplan“ vom 13. August 1938 geforderten Ausbau der Pulver-, Sprengstoff- und Kampfstofffabriken bildete das sogenannte Montan-Schema. Hinter dieser verschachtelten Rechtskonstruktion verbarg sich das Heereswaffenamt (HWA) des OKH, das sich der 1916 gegründeten und 1934 vom HWA übernommenen „Verwertungsgesellschaft für Montanindustrie GmbH“ bediente.⁹ Die Montan GmbH erhielt ihre maßgebliche Bedeutung, indem sie als Verpächterin und Verwalterin sogenannter heeres eigener Industriebetriebe in die geheime - die Bestimmungen des Versailler Vertrages umgehende - Wiederaufrüstung herangezogen wurde.¹⁰ Mit der Zwischenschaltung der Montan GmbH erreichte das OKH einen größtmöglichen Einfluss auf die Kriegswirtschaft, wobei mit den „Heeres eigenen Betrieben“ auch die eigene Kontrolle über Waffen- und Gerätefertigungen sowie über die Pulver-, Spreng- und Kampfstoffherstellung gesichert war. Treuhandverträge zwischen dem Reich und der Montan GmbH aus den Jahren 1936 und 1941 bildeten die Grundlage für das sogenannte Montan-Vertragssystem, in dessen Folge die Treuhänderin (Montan GmbH) bis Mitte 1943 über 120 Rüstungsbetriebe mit einem Anlagewert von mehr als 3 Milliarden Reichsmark für das OKH verwaltete. Auftraggeber, Eigentümer und Bauherr war jeweils das OKH, Privatfirmen hingegen planten, bauten und betrieben die Werke. Nach Fertigstellung der Produktionsstätten wurden diese formell an das OKH übergeben, um anschließend wiederum von Tochterunternehmen der beteiligten

⁸ Bernd Klewitz, Die Arbeitssklaven der Dynamit Nobel, Schalksmühle 1986, S. 57

⁹ Mit der Arbeit von Hopmann, Montan, liegt seit kurzem erstmals eine Darstellung zur Organisationsgeschichte der Montan GmbH vor. Hinsichtlich des umfangreichen Einsatzes von Fremd- und Zwangsarbeiter/innen sowie von KZ-Häftlingen stützt sich Hopmann allerdings ausschließlich auf bereits vorliegende Erkenntnisse, so dass in dieser Hinsicht weiterhin Forschungsbedarf besteht.

¹⁰ Heeres eigene Betriebe und ihre Prüfung durch den Rechnungshof des Deutschen Reiches, undatiert [1940], BA, R 2301/5619, Bl. 1-13; vgl. Hopmann, Montan, S. 21 f.; Dieter Vaupel, Spuren die nicht vergehen. Eine Studie über Zwangsarbeit und Entschädigung, Kassel 1990, S. 43. Nach dem Versailler Vertrag von 1919 durfte die Produktion von Rüstungsgütern nur in Fertigungsstätten erfolgen, die von den „alliierten und assoziierten Hauptmächten“ genehmigt worden waren.

Privatfirmen über die Montan GmbH für die unmittelbare Produktion gepachtet zu werden. Die Vorteile dieser Rechtskonstruktion lagen darin, dass das OKH nicht offiziell als Rüstungsproduzent auftrat und dass das Risiko der Privatunternehmen auf das Betriebsrisiko beschränkt blieb, da die Investitionskosten vom OKH - also vom Staat - getragen wurden.¹¹ Ausschlaggebend für die Auswahl der Mutterfirmen war laut Nachkriegsaussage von Max Zeidelhack, einem ehemaligen Geschäftsführer der Montan: „Die Auswahl fiel auf solche Betriebe, die ... hinsichtlich des wenigen Ausschusses, hinsichtlich der ganzen Organisation der Mutterfirma usw. auf dem Stand dessen stand, was man von einem solchen Betrieb erwartet hatte.“¹² Im Geschäftsjahr 1942/43 betrug der Umsatz der Montan-Rüstungswerke mit insgesamt 46 Gesellschaften knapp 1,7 Milliarden Reichsmark, wobei den privaten Betreibergesellschaften nach Abzug der Pachtzahlungen an die Montan ein Reingewinn von 19,3 Millionen Reichsmark verblieb. Die Produktionspalette erstreckte sich auf nahezu alle Gebiete des Heeresbedarfes, mit deutlichem Schwerpunkt auf der Herstellung von Schießpulver, Sprengstoff und chemischen Kampfstoffen.¹³

Die meisten dieser Fabriken waren - wie das Werk in Liebenau - vollkommen neu errichtet worden. Sie verteilten sich über das gesamte Reich mit Schwerpunkten in Bayern, Mitteldeutschland, Nordhessen und im Raum nördlich von Hannover. Hinzu kamen Produktionsstätten in Österreich, Polen, im Protektorat Böhmen und Mähren, sowie je ein Werk in Slowenien und im Elsaß. Grundlegend für die Standortauswahl der Pulverfabriken waren folgende Faktoren: Ausgedehntes Waldgebiet in relativ abgeschiedener Lage (aus Sicherheitsgründen und um die Produktionsstätten hinreichend zu tarnen); verhältnismäßig unproblematischer Anschluss an bereits vorhandene Infrastruktur (Straßen-, Wasserstraßen- und Schienennetz) sowie ausreichende Versorgung mit Energie und Wasser, das für die Pulverherstellung in großen Mengen benötigt wurde.

Wolff & Co. und die Eibia GmbH

1938 konnte die Firma Wolff & Co. aus Walsrode auf eine über 100-jährige Erfahrung bei der Herstellung von Pulvern verweisen.¹⁴ Bereits im Jahr 1815 nahm man in Bomlitz bei

¹¹ Heereseigene Betriebe und ihre Prüfung durch den Rechnungshof des Deutschen Reiches, undatiert [1940], BA, R 2301/5619, Bl. 1-13; Hopmann, Montan, S. 71-96. Die Höhe des Pachtzinses wurde auf Beschluß des Aufsichtsrats der Betreiberfirma – unter Mitwirkung der Vertreter der Montan bzw. des HWA – jährlich neu festgesetzt.

¹² Vernehmung Max Zeidelhack vom 6.1.1948; Nürnbg. Dok. NI-9192, zit. nach: Hopmann, Montan, S. 81.

¹³ Hopmann, Montan, S. 111, 119 und 125.

¹⁴ Angaben hier und im Folgenden nach: Olaf Mußmann, Komplexe Geschichte. Systemtheorie, Selbstorganisation und Regionalgeschichte. Von der Papiermühle zur Pulverfabrik - ein historischer Längsschnitt der Gemeinde Bomlitz, Diss. phil., Hannover 1994; Fa. Wolff & Co. AG Walsrode (Hg.), 1815 bis 1965 Wolff & Co. Walsrode – 150 Jahre Wolff & Co., Walsrode 1965; Oskar Wolff, Chronik der Pulverfabrik

Walsrode den Betrieb einer Pulverfabrik auf. Seitdem hatte Wolff & Co. kontinuierlich expandiert und sich führend an der Fortentwicklung technischer Neuerungen auf dem Gebiet der Pulverherstellung beteiligt. Spätestens mit der Aufnahme der Schießbaumwolle- oder auch Nitrocellulose-Produktion im Jahr 1878 baute die Firma ihre ständigen Geschäftsbeziehungen und Kontakte zu einflussreichen Militärs erheblich aus. Während des Ersten Weltkrieges intensivierte sich diese Kooperation in besonderem Maße. Dabei kam es am Werksstandort Bomlitz in kürzester Zeit zu erheblichen Neu- und Erweiterungsbauten. Noch während des Jahres 1914 folgten Investitionen in Höhe von 900.000 Mark für neue Anlagen zur Herstellung von rauchlosem Pulver, wobei erhebliche Mittel von staatlicher Seite bereitgestellt wurden. Im Verlauf des Krieges folgten weitere Kapazitätsausweitungen und ein erheblicher Investitions- und Bauschub auf der Basis von „Pulverprogrammen“ des Kriegsministeriums. Nach Kriegsende stellte die Firma auf „Friedensproduktion“ um, da die Bestimmungen des Versailler Vertrages unter anderem die Herstellung von Schießpulvern verboten. Das erste neue zivile Projekt bildete die Entwicklung der Zellglasfolie „Transparit“, von der man im Jahr 1926 täglich neun Kilometer dieser Folie herstellte. 1928 meldete Wolff & Co. den neu entwickelten Kunstdarm – „Walsroder Darm“ – zum Patent an, vier Jahre später wurde er vermarktet.¹⁵

Bereits im Jahr 1889 hatte sich Wolff & Co. dem Kartell der vier größten deutschen Pulverfabriken angeschlossen - zum Schutz vor „schrackenloser Konkurrenz“ mit Festlegung der Anteile am gemeinsamen Geschäftsgewinn. Diese vier Pulverfabriken wiederum schlossen sich später mit der Nobel Dynamite Trust Coy in London im sogenannten „Generalkartell“ zusammen. Das Kartell umfasste die größten deutschen und englischen Sprengstoff-Fabriken unter Führung der Hamburger Dynamit AG. Oskar Wolff äußerte sich über die Entwicklung des Kartells in den Jahren 1906 bis 1913 folgendermaßen: *„Der ganze Konzern, dem die Firma angeschlossen war, machte glänzende Gewinne, wie sich aus den hohen Herauszahlungen bei den Kartellabrechnungen ergibt. Das Wetttrüsten der europäischen Mächte brachte den zum Konzern gehörigen Pulverfabriken in Deutschland, England, Österreich-Ungarn und Rußland sehr große, gewinnbringende Aufträge.“*¹⁶

Im Jahr 1926 wiederum schlossen sich schließlich die Köln-Rottweil AG und die Dynamit AG der neu entstandenen IG Farben Industrie AG an, die damit auch zu $\frac{3}{4}$ am Grundkapital

Bomlitz, Hannover 1926; Porrath, Just, Heinrich, „Bericht über die Entwicklung der Technischen Abteilung (TA) der Firma Wolff & Co. Walsrode im Werk Bomlitz während der Zeitspanne 1925 bis 1965“, Walsrode 1984, in: Staatsarchiv Stade, 98/0540.

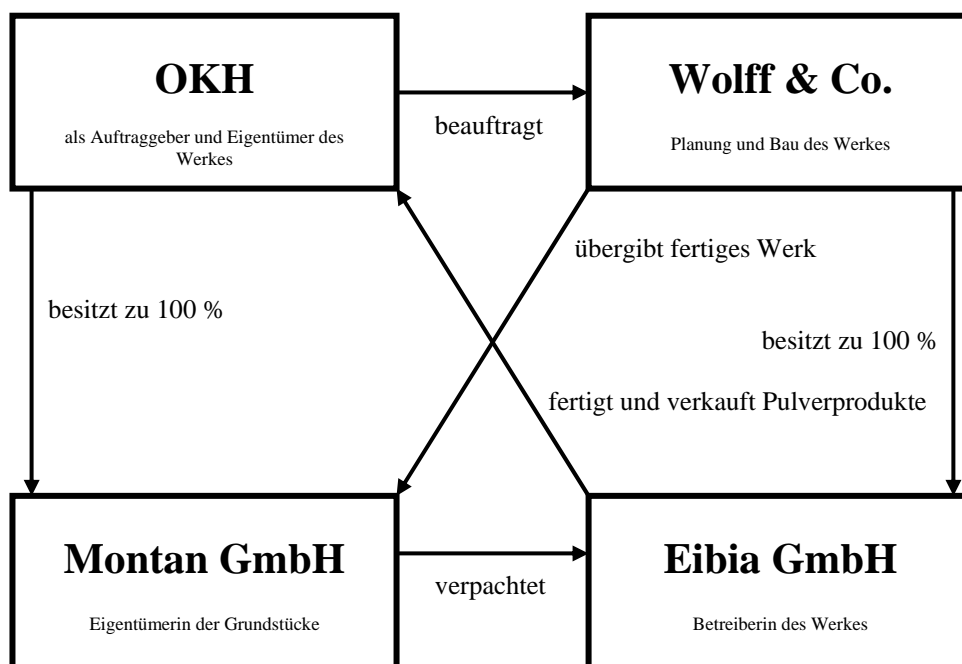
¹⁵ Nachweis in diversen Veröffentlichungen aus Firmenzusammenhang; siehe dazu Fußnote 15

¹⁶ Oskar Wolff, Chronik der Pulverfabrik Bomlitz, Hannover 1926, S. 107

von Wolff & Co. als Kommanditistin beteiligt war.¹⁷

Da Wolff & Co. bereits im Ersten Weltkrieg zu den maßgeblichen Pulverproduzenten gehört hatte, war die Firma bei der Umsetzung des Krauchschen „Schnellplanes“ ein überaus geeigneter Ansprechpartner für das OKH und die Montan GmbH. Bereits im Juni 1935 war man sich einig, auf Rechnung des OKH zunächst in Bomlitz ein Werk zur Produktion von 300 t Pulver pro Monat zu errichten.¹⁸ Zu den Motiven, seine Firma in das Montan-Schema einbinden zu lassen, äußerte sich Oskar Wolff in einem Schreiben vom 16.09.1936 an die IG Farben: *„Es sind uns die ziemlich verwickelten Verträge hierfür vorgelegt, und es ist uns mitgeteilt, daß diese nach dem Vorbilde einer Reihe von Verträgen mit anderen Firmen der Kriegsindustrie aufgestellt seien. (...) Jedenfalls legen uns diese Verträge keine finanziellen Verpflichtungen auf, sind aber eine Quelle nicht unerheblicher Einnahmen. Unsere persönliche Inanspruchnahme als Treuhänder des Staates ist dabei eine beträchtliche, wir können uns aber selbstverständlich der ehrenvollen Aufforderung des RKM nicht entziehen.“*¹⁹

Das „Montan-Schema“ am Beispiel der Pulverfabrik Liebenau²⁰



¹⁷ Fa. Wolff & Co. AG Walsrode (Hg.), 150 Jahre Wolff & Co., S. 42

¹⁸ Angaben zur Entwicklung der Eibia GmbH nach: Johannes Böhm, Demontage der Pulver- und Sprengstoff-Werke Eibia G.m.b.H. – Bomlitz – Dörverden – Liebenau, Benefeld 1950, in: Staatsarchiv Stade, 98/0540; ergänzend: Berichte der Deutschen Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, BA, R 8135/Bde. 1691, 4237, 4245, und 7300. Zur Errichtung des ersten Werkes in Waldhof vgl. Andrea Hesse, Prädikat „Bestbetrieb“ – die Eibia GmbH für chemische Produkte in Bomlitz, Münster 1995.

¹⁹ Oskar Wolff an Dr. Schmitz (IG Farben), Nürn. Dok. NI-13528; zitiert nach: Hopmann, Montan, S. 78

²⁰ Schaubild in Anlehnung an: König, Wolfram /Schneider, Ulrich, Sprengstoff aus Hirschhagen. Vergangenheit und Gegenwart einer Munitionsfabrik, Kassel 1987, Seite 34

In den folgenden Jahren stellte Wolff & Co. - nun allmählich vollends in das Montan-Vertragsverfahren eingebunden - das Fachwissen und geeignetes Personal zur Errichtung unterschiedlicher Pulverwerke. Dem Montan-Schema entsprechend gründete Wolff & Co. zum 01.10.1938 eine 100%-ige Tochtergesellschaft, die nach dem Nadelgehölz Eibe benannte Eibia GmbH, die im Anschluss an die Fertigstellung mehrerer Betriebe als deren Betreiberfirma fungierte.²¹ Das Anfangskapital der Tochtergesellschaft betrug 50 000 RM und befand sich ausschließlich im Besitz von Wolff & Co. Im Jahr 1943 wurde es auf 300 000 RM erhöht. Das OKH übernahm die Bomlitzer Anlagen nach Fertigstellung von Wolff & Co., „deren Auftrag damit erledigt war“. Das Personal wechselte von der Muttergesellschaft (Wolff & Co.) zur Tochtergesellschaft (Eibia GmbH), die anschließend ausschließlich Aufträge des Heereswaffenamtes im OKH ausführte. Betriebsführer der Eibia GmbH wurde Dipl. Ing Günther Wolff. Dem Aufsichtsrat gehörten neben Gerd Wolff, Rittmeister a.D. Hans Wolff und einem weiteren Firmenangehörigen ein Vertreter des OKH sowie zwei Vertreter der Montan GmbH, unter anderem Max Zeidelhack, an. Mit dieser Besetzung gestattete die Firma Wolff & Co. - unter dem Eindruck der zu erwartenden Gewinne - den Vertretern des OKH und der Montan einen erheblichen Einfluss auf ihre Tochtergesellschaft. Außerdem übte die Montan GmbH fortan im Auftrag des OKH beispielsweise im Bereich der kaufmännischen Kontrolle und bei der Überwachung der betrieblichen Abwicklung eine nicht unerhebliche Kontrollfunktion aus.

Dem späteren Demontage-Bericht aus dem August 1950 zufolge, betragen die Baukosten der gesamten Anlagen der Eibia GmbH an den verschiedenen Standorten 380 Millionen Reichsmark, einschließlich der Wohnlager und Siedlungen.²² Neben der Pulverfabrik in Liebenau (Tarnname „Karl“) gehörten dazu mehrere Produktionsstätten in Bomlitz (Anlage Waldhof, Anlage Fuhrenkamp, Anlage Lohheide und Anlage Löverschen) sowie in Dörverden („Anlage Weser“). In allen Eibia-Werken waren bei Kriegsende ungefähr 15 000 Personen beschäftigt. In Bomlitz-Benefeld bestand vom 3. September 1944 bis zum 15. Oktober 1944 ein Außenlager des KZ Bergen-Belsen mit 600 polnischen Jüdinnen. Die weiblichen Häftlinge waren dort im Gleisbau für die Werkbahn der Eibia GmbH sowie in der Pulverproduktion eingesetzt.²³

²¹ Angaben nach: Johannes Böhm, Demontage der Pulver- und Sprengstoff-Werke EIBIA G.m.b.H - Bomlitz - Dörverden - Liebenau“ Benefeld 1950, S. 3, in: Staatsarchiv Stade, Bestand 98/0540; ergänzend: Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand-AG, BA R 8135/4237.

²² Böhm, Demontage, S. 4

²³ Ausführlich zum Außenlager Bomlitz: Stefanie Plattner, „Schwere Balken und Steine...“ - Die Außenlager von Bergen-Belsen, in: Claus Füllberg-Stolberg u. a. (Hg.), Frauen in Konzentrationslagern - Bergen-Belsen, Ravensbrück, Bremen 1994, S. 73-78; vgl. Hesse, Prädikat „Bestbetrieb“, S. 47 – 50.

Die maximale Leistung aller Eibia-Werke lag im Berechnungszeitraum 1943/44 bei 33 600 Jahrestonnen (jato) an Pulvern und Treibkörpern. Wolff & Co. und die Eibia GmbH gehörten damit zu einem der größeren Pulverproduzenten im „Dritten Reich“, was auch darin seinen Ausdruck fand, dass Eibia-Geschäftsführer Wolff als Leiter des „Sonderausschusses Pulver“ dem Rüstungsminister Albert Speer unmittelbar verantwortlich war.²⁴

„Anlage Karl“ – die Pulverfabrik in Liebenau

Dem Vertragswerk für den Bau und den Betrieb der Montan-Werke folgend, setzten sich die Absprachen zwischen Wolff & Co, der Montan GmbH und dem OKH hinsichtlich der Pulverfabrik Liebenau aus insgesamt vier Einzelverträgen zusammen. Im November 1938 beauftragte das OKH per „Mantelvertrag“ die Firma Wolff & Co. als sogenannte „Muttersgesellschaft“ mit dem Bau des Werkes, das fortan unter der Tarnbezeichnung „Anlage Karl“ firmierte. Zuvor erwarb die Montan GmbH in Liebenau und Steyerberg das benötigte Gelände, wobei ein Haupteigentümer (Major a.D. Eduard von Eickhof-Reitzenstein erhielt 3.160.207,00 RM für Waldgelände, Wohn- und Landwirtschaftsgebäude) und 95 verschiedene Kleineigentümer zu berücksichtigen waren.²⁵ Das fertiggestellte Werk übergab Wolff & Co. an die Montan, die es wiederum an die nunmehr als Betreiberfirma fungierende Eibia GmbH verpachtete.

Die Bauarbeiten begannen im Sommer 1939. Einheiten des Reichsarbeitsdienstes (RAD) und über 70 von Wolff & Co. eingeschaltete Vertragsfirmen - mit insgesamt mehreren 1 000 Beschäftigten - übernahmen die Planierungsarbeiten, den Straßen-, Hoch- und Tiefbau sowie die Installationsarbeiten. Zu diesen Arbeiten wurden außerdem die Häftlinge des 1940 errichteten „Arbeitserziehungslagers“ Liebenau herangezogen.²⁶ Auf einer Gesamtfläche von ca. 12 qkm entstanden zunächst insgesamt 356 Gebäude, wobei die Baukolonnen 231 aufstehende und 104 umwallte Stein- und Betonbauten errichteten. Im Bereich der Kraftwerke und Nitroglycerinanlagen kamen 21 unterirdische Gebäude hinzu. Später stieg die Zahl der Werksbauten auf über 420 an. Sie lagen aus Sicherheitsgründen weit auseinander und ihre flachen Betondächer wurden zur Tarnung gegen Fliegersicht mit einer Erdschicht bedeckt und

²⁴ Vgl. die monatlichen Berichte des Leiters des Sonderausschusses Pulver, Dipl. Ing. Günther Wolff, an den Hauptausschuss Pulver und Sprengstoff beim Reichsminister für Bewaffnung und Munition für den Zeitraum August 1942 bis Februar 1945, BA, R 3/1858 und 3055.

²⁵ Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand-AG, BA, R 8135/1691, Anhang S. 1 und S. 5a.

²⁶ Zur Errichtung und Ausdehnung der „Anlage Karl“ sowie deren Topographie vgl. Porrath/Just/Heinrich, Bericht über die technische Abteilung, S. 16 ff.; Böhm, Demontage, S. 1-15; ergänzend: „Bericht über das Werk Liebenau der Eibia“ (ohne Verfasser, undatiert), Samtgemeindearchiv Liebenau, Karton 56.

mit Nadelbäumen und Büschen bepflanzt. Dabei dominierte die sogenannte Stahlbetonskelett-Bauweise, bei der man die aus Stahlbeton errichteten Rahmenbauten mit Klinkerziegeln ausmauerte. Diese sogenannten Ausblaswände wurden im Fall einer Explosion herausgeschleudert, das Gebäudegerüst blieb erhalten. Dadurch war eine schnelle Wiederherstellung des betroffenen Gebäudes gewährleistet.

Zwei große Kraftwerke sowie ein Not-Kraftwerk sorgten für die Unabhängigkeit des Werkes hinsichtlich der Strom- und Dampfversorgung. Zur weiteren Versorgung dienten ferner ein Kohlebunker mit einem Fassungsvermögen von 30 000 Tonnen, Wasserwerke sowie 70 Brunnen im Auetal, aus denen zwei Pumpwerke mit eigener Filteranlage stündlich 2000 bis 2500 cbm Wasser in alle Werkteile förderten. Nach Einschätzungen ehemaliger Werksangehöriger übertraf der damalige Wasserverbrauch des Werkes den der Stadt Bremen. Außerdem entstanden Einzelhausklärgruben und ein Mischwasserkanal, der die Abwässer und Schmutzwässer nach Vorklärung in den nahen Winterbach leitete sowie ein Kanalsystem, mit dem die sauren sowie angeblich gering verunreinigten Abwässer in die Weser geleitet wurden. Zum Betrieb der Anlage legten die beteiligten Firmen 200 Kilometer Kabelleitungen für Licht und Strom sowie 84 Kilometer Betonstraßen an. Zudem entstanden 42 Kilometer Eisenbahnschienen, die das Werk mit dem Liebenauer Bahnhof und dem Weserhafen mit seinen dreh- und fahrbaren Ladekränen verbanden. Für den Transport verwendeten die Arbeitskräfte zwei Dampf- und Dieselloks, zwei feuerlose Pressdampfloks sowie achtzig Elektrokarren.

Ab Spätsommer 1941 produzierte die Eibia GmbH in der zu diesem Zeitpunkt noch nicht fertig gestellten Liebenauer Fabrik sogenannte Treibmittel – also Pulver.²⁷ Diese Explosivstoffe detonieren nicht, sondern brennen kontrolliert ab. Die entstehende Treibwirkung dient zur Beschleunigung von Geschossen. Anfang des 19. Jahrhunderts waren die bis dato gebräuchlichen Schwarzpulver durch die Neuentwicklung sogenannter rauchschwacher beziehungsweise rauchloser Pulver abgelöst worden. Als Zwischenfabrikat für diese neuen Pulver diente die Nitrocellulose (NC). Dem aus Baumwolle oder Holzzellstoff bestehenden Grundstoff Zellulose wurde eine Mischung aus Salpeter- und Schwefelsäure – die sogenannte Nitriersäure – beigemischt. Diese Nitrierung beschleunigte die Verbrennung

²⁷ Ausführlich zur Pulverherstellung vgl. Tadeusz Urbanski, Chemie und Technologie der Explosivstoffe, Bde. 1 bis 3 Band 1: Leipzig 1961, Band 2: Leipzig 1963, Band 3: Leipzig 1964; Hermann Kast/Ludwig Metz, Chemische Untersuchung der Spreng- und Zündstoffe, Braunschweig 1944 sowie die Homepage des Büros für Altlastenerkundung und Umweltforschung in Marburg von Rainer Haas (u. a. „Produktion von Sprengstoffen vor 1945“) unter (Achtung neu gegenüber Angabe im Buch): <http://www.r-haas.de/start.html>

der entstandenen Verbindung durch Anlagerung von Sauerstoffatomen. Der damit gewonnenen Nitrocellulose wiederum mengte man für unterschiedliche Anwendungszwecke verschiedene weitere Stoffe bei (Dinitrotoluole, Nitroglycerin, DEGN bzw. Nitroguanidin). Solchermaßen hergestellte Treibmittel werden POL-Pulver (Pulver ohne Lösungsmittel) genannt. Im Liebenauer Werk produzierte die Eibia GmbH zwischen 1941 und 1945 in jeweils ausgedehnten und isolierten Produktionskomplexen Nitrocellulose, Nitroglycerin und Diethylenglycoldinitrat (DEGN) als Grundstoffe für die rauchlosen Pulver.

Neben den genannten Pulvergrundstoffen fertigte die Firma in Liebenau vor allem aber sogenannte Röhren-, Blättchen- und Ringpulver. Ab Mai 1944 kamen in der neu gebauten „Gießlingsanlage“ Rauchspurkörper für Nebelwerfer sowie „Starthilfen“ im Versuchsstadium für Flugzeuge/Raketen hinzu.²⁸ Ein ausgedehnter Schießplatz mit zwei Bahnen und den dazu gehörenden Mess-, Kühl- und Geschützhallen diente zur Prüfung der gefertigten Produkte durch die angegliederte „Heeresabnahmestelle“. Bis in das Jahr 1945 belief sich die Gesamt-Pulverproduktion in Liebenau auf weit über 40.000 Tonnen.

Zu den vergleichsweise wenigen deutschen Arbeitskräften gehörten Ingenieure, Techniker, Meister, Vorarbeiter sowie RAD-Angehörige und Dienstverpflichtete. Der Großteil der anfallenden Arbeiten wurde von Fremd- und Zwangsarbeiter/innen aus unterschiedlichen Nationen sowie sowjetischen Kriegsgefangenen verrichtet. Hinsichtlich der Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften bildete die Pulverfabrik Liebenau in vielfacher Hinsicht eine Ausnahme. Bei den anderen deutschen Sprengstoff- und Pulverherstellern betrug der Anteil der Ausländer „lediglich“ 50 %. Ähnlich gestaltete sich das Verhältnis unter den insgesamt über 200 000 Arbeitskräften aller Montan-Betriebe im März 1944.²⁹ Auch innerhalb des Bereichs des Rüstungskommandos Hannover gehörte die Pulverfabrik in Liebenau zu den Firmen mit dem höchsten Anteil an Fremd- und Zwangsarbeiter/innen.³⁰ Die erhaltenen Meldekarteien in Liebenau und Steyerberg weisen für die Jahre 1939 bis 1945 mehr als 11 000 ausländische Arbeitskräfte nach. Die Karteikarten enthalten neben den

²⁸ Vgl. den ausführlichen Bericht zur Liebenauer Gießlings-Anlage in: BA Berlin, R 3/Bd. 1857, Bl. 215 – 218; außerdem die Aussage des ehemaligen Lohnbuchhalters der Eibia GmbH, Erwin S.: „Anfang 44 wurden hier Spezialbunker gebaut, und es wurden Einsätze für die V 1 hergestellt. Weil dieser Treibstoff oder dieses Pulver, wie man es nennen mag, diese Masse so empfindlich war, wurde das nicht maschinell verarbeitet wie das Pulver sondern es wurde im Gußverfahren gemacht, also flüssig, und diese Einsätze wurden hier gegossen.“, Archiv Flecken Steyerberg, Akte 915, unpaginiert; vgl. Script Radio Bremen, Beitrag „Ein Wald voller Pulver“, Sendung vom 19.03.1987.

²⁹ Hopmann, Montan, S. 166.

³⁰ Kriegstagebuch Rüstungskommando Hannover, 1.10.-31.12.1942 sowie 1.10.-31.12.1943, Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RW 21-27/1 und RW 21-27/5.

Namen, den Geburtsdaten und –orten sowie der Staatsangehörigkeit auch Angaben zum „Zuzugsdatum“, den „Arbeitgebern“ und in sehr vielen Fällen zum weiteren Verbleib der Betroffenen. Die Gemeinde Liebenau registrierte insgesamt 6 541 ausländische Arbeitskräfte, wobei Polen (1 412 = 21,5 %), Belgier (1 321 = 20,1 %) sowie Italiener (1 223 = 18,6 %) am stärksten vertreten waren. 923 Frauen und Männern (etwa 14 %) kamen aus dem damaligen Protektorat Böhmen und Mähren. Ferner wurden Bürger der Niederlande, Frankreichs, Russlands, der Ukraine, Bulgariens, Tschechiens, Serbiens, der Slowakei, Kroatiens, Ungarns und Jugoslawiens verzeichnet.³¹ Während sich die „Zuzugsdaten“ der polnischen Fremd- und Zwangsarbeiter/innen relativ gleichmäßig auf die Kriegsjahre verteilen, gelangten die Italiener/innen vor allem in den Jahren 1940 und 1944 nach Liebenau. Die Mehrzahl der Protektoratsangehörigen wurde bereits 1940 in Liebenau registriert. Der Großteil der ausländischen Arbeitskräfte in der Gemeinde Liebenau war männlich, nur etwa 7 % weiblich. Bei knapp 30 % findet sich „Eibia“ oder „Wolff & Co.“ als Einsatzfirma, bei den restlichen Personen sind unterschiedlichste Baufirmen als erster „Arbeitgeber“ angegeben, was darauf verweist, dass die in dieser Gemeinde gemeldeten Fremd- und Zwangsarbeiter/innen mehrheitlich beim Aufbau des Werkes eingesetzt wurden. Die Meldekartei veranschaulicht außerdem auch das Montan-Schema: Die sowohl der Firma Wolff & Co. als auch den jeweiligen Baufirmen zugewiesenen Arbeitskräfte sind dem Werksaufbau zuzuordnen, die von der Firma Eibia GmbH übernommenen Frauen und Männer wurden in der Pulverherstellung eingesetzt. Die Jahrgänge 1900 bis 1924 sind mit 75 % am stärksten vertreten, insbesondere die Jahrgänge 1920 bis 1924 (20 %). Die im Jahr 1931 geborene Russin Maria Deehrjarenko war die jüngste Zwangsarbeiterin. Im Alter von 13 Jahren kam sie Anfang Januar 1945 aus Bremen-Osterholz nach Liebenau.

Die Fremdarbeiterkartei des Fleckens Steyerberg enthält die Namen von weit mehr als 4 600 ausländischen Arbeitskräften, darunter über 1 600 sowjetische Frauen und Männer - vorwiegend aus der Ukraine -, die in der Pulverfabrikation eingesetzt wurden und im sogenannten „Ostarbeiterlager“ auf Gemeindegebiet leben mussten. In Steyerberg lebten und arbeiteten ferner Franzosen (über 800), Polen (über 600), Niederländer (circa 500), Belgier (knapp 500) sowie Serben, Kroaten, Dänen und Griechen.³² Fasst man beide Karteien zusammen, so wird deutlich, dass die sowjetischen und die polnischen Frauen und Männer vor den Belgiern unter den zivilen Fremd- und Zwangsarbeiter/innen dominierten. Darüber hinaus fehlt in den offiziellen Listen ein nicht unerheblicher Teil der unfreiwilligen

³¹ Fremdarbeiterkartei der Samtgemeinde Liebenau; in: Archiv Samtgemeinde Liebenau. Auswertung durch Bernhard Strebel. Ihm danke ich ebenso, wie Ilse Heymann für die akribische Datenerfassung.

³² Vorläufige Auswertung der Fremdarbeiterkartei des Fleckens Steyerberg; in: Archiv Flecken Steyerberg

Arbeitskräfte: Die schätzungsweise mehrere Tausend Kriegsgefangenen sowie eine ähnlich hohe Anzahl von Häftlingen des „Arbeitserziehungslagers“ Liebenau sind nicht vor Ort registriert worden.

Über die Wege dieser einzelnen Menschen nach Liebenau und Steyerberg wissen wir nur sehr wenig. Sicherlich gingen etliche freiwillig in das ihnen fremde Land, geworben von den Versprechungen deutscher Behörden oder im Zuge zwischenstaatlicher Vereinbarungen. Dies dürfte vor allem für die Italiener/innen gelten, die vor dem Ausstieg Italiens aus der Koalition mit Nazi-Deutschland (September 1943) nach Liebenau kamen. Für die weitaus meisten Frauen und Männer aber, vor allem diejenigen aus den osteuropäischen Ländern, ist davon auszugehen, dass sie gegen ihren eigenen Willen und nicht selten mit rabiaten Methoden – zum Beispiel in Form von Razzien und sogenannten „Aushebungen“ durch deutsche Besatzungsbehörden - nach Liebenau und Steyerberg verschleppt wurden.³³

Die Arbeitsbedingungen in der Pulverfabrik Liebenau waren für die beteiligten Personen durch eine erhöhte Unfall- und Explosionsgefahr sowie den ungeschützten Umgang mit gesundheitsschädlichen Chemikalien gekennzeichnet. Verschiedene - deutsche wie ausländische - Zeitzeugen berichten von Arbeitsunfällen, Haar- und Hautverfärbungen sowie gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Bezüglich der Arbeitsunfälle berichtete beispielsweise der ehemalige Lohnbuchhalter Erwin S. im Jahr 1987: *„Da waren öfter mal Unfälle in den Preßabteilungen, wo das Pulver gepresst wurde. [...] Und wenn dann mal der Druck größer war, dann explodierte das. [...] Bei jeder Explosion gab es Verletzte und verschiedentlich sind dann auch welche tot gewesen.“* Über die gesundheitlichen Gefährdungen äußerte er sich ebenfalls: *„Und wenn man da gearbeitet hat, dann ist klar, daß sich da so etwas ergeben hat, daß die Haare röter wurden. Oder wenn man bei der Pulverherstellung arbeitet, das gibt ja auch Gase, wenn der Druck von oben kommt und das Pulver gedrückt wird, und diese Gase haben sicher dazu beigetragen, daß das Haar röter wurde usw. Ich meine, gesund ist so etwas bestimmt nicht.“*³⁴

Die Stein- und Barackenlager der Pulverfabrik Liebenau

Im Zusammenhang mit der Pulverfabrik plante und baute Wolff & Co. zahlreiche Lager, deren Anlagen zum Teil noch heute zum Ortsbild der Gemeinden Steyerberg und Liebenau

³³ Vgl. als ein Beispiel die weiteren Beiträge in diesem Band über den Lebensweg der ehemaligen Zwangsarbeiterin Katarina Derewjanko.

³⁴ Beide Zitate aus der Aussage von Erwin S., Archiv Flecken Steyerberg, Akte 915, unpaginiert, vgl. Script Radio Bremen, Beitrag „Ein Wald voller Pulver“, Sendung vom 19.03.1987.

gehören. So entstand in Liebenau ein Lager mit 25 Steinhäusern (deshalb auch „Steinlager“ genannt) für 1 000 Personen und in Steyerberg eines mit 27 Steinhäusern für 700 Personen. Hier wurden vorwiegend deutsche Arbeitskräfte mit ihren Familien, Angehörige des RAD, Dienstverpflichtete sowie westeuropäische Fremd- und Zwangsarbeiter untergebracht.³⁵ Hinzu kam das ebenfalls aus Stein errichtete „Ledigenheim“ für deutsche Angestellte in Liebenau. Im Bereich des Gutshofes und des Liebenauer Schlosses befanden sich Unterkünfte für die Wachmannschaften des „Arbeitserziehungslagers“ sowie ein kleineres Barackenlager für ca. 400 Arbeitskräfte der Pulverfabrik.

Ein großes Holzbarackenlager errichtete Wolff & Co. unter der Bezeichnung „Liebenau I“ ab Sommer 1940 im Bereich des Liebenauer „Kleinen Feldes“. Es war zunächst für die Unterbringung von 2 000 Personen geplant³⁶ und wurde sowohl von deutschen als auch ausländischen Arbeitskräften bewohnt (vor allem von Italienern, Niederländern, Belgiern). Zeitzeugenaussagen ist zu entnehmen, dass den west- und südeuropäischen Arbeitskräften Verpflegungssätze zugebilligt wurden, die denen der deutschen Arbeitskräfte zumindest angenähert waren.³⁷ Zudem berichtet der damals in der Betriebsfeuerwehr eingesetzte Niederländer Jouke W. – er war unter dem Druck der deutschen Besatzungsbehörden gegenüber seiner Familie und damit nicht freiwillig zur Arbeit nach Liebenau gekommen - über die relative Bewegungsfreiheit für die Westeuropäer innerhalb des Werkes und in den Gemeinden Liebenau und Steyerberg, während die osteuropäischen Arbeitskräfte stets unter Polizeibewachung zur und von der Arbeit begleitet wurden.³⁸

Ebenfalls ab Sommer 1940 entstand in Steyerberg das Lager „Liebenau II“, das auch für 2 000 Personen geplant und später auf 3 000 Plätze erweitert wurde. Es diente Wolff & Co. zunächst zur Unterbringung von Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes (RAD) sowie von Kriegsgefangenen und polnischen Fremd- und Zwangsarbeitern. Anfang Juli 1942 übernahm die Eibia GmbH das Lager von der Muttergesellschaft.³⁹ Es firmierte fortan unter der Bezeichnung „Ostarbeiterlager“, da dort nun überwiegend sowjetische Fremd- und Zwangsarbeiter/innen sowie sowjetische Kriegsgefangene untergebracht wurden. Eine grobe

³⁵ Angaben nach: Wehrwirtschaftsprüfung 204/7, Anlage 6 (Wehrmachtsverträge), BA R 121/2856, unpaginiert. Bei den beiden Steinlagern handelt es sich heute um die „Waldsiedlung“ in Liebenau und den „Lebensgarten“ in Steyerberg.

³⁶ Mittelbewilligung von WA I Rü vom 22.07.1940 an Heereswaffenamt (WA Z 3), BA R 121/5270, unpaginiert.

³⁷ Dies änderte sich nach Zeitzeugenaussagen von ehemaligen deutschen wie ausländischen Arbeitskräften im Jahr 1943 für die italienischen Arbeitskräfte maßgeblich, nachdem Italien das Bündnis mit dem „Deutschen Reich“ verlassen hatte und die italienischen Arbeitskräfte zu „Feindangehörigen“ deklariert wurden.

³⁸ Gespräch von M. Guse mit Jouke H. W. vom 16.9.2000, S. 15 ff., 24 ff. sowie 38 ff.

³⁹ Eibia an Montan, 4.8.1942, BA, R 121/2982, unpaginiert.

Planskizze vom August 1942⁴⁰ weist insgesamt 39 Holzbaracken aus, wobei zu diesem Zeitpunkt noch vier durch den RAD belegt waren. In weiteren vier Baracken lebten jetzt ukrainische Frauen, 14 Baracken wurden ukrainischen Männern und drei sowjetischen Kriegsgefangenen zugeordnet. Durch den zunehmenden Einsatz sowjetischer bzw. ukrainischer Frauen in der Pulverfabrik dürfte sich die Zuordnung in den folgenden Monaten vermutlich erheblich verändert haben. Hinzu kamen fünf Wirtschaftsbaracken, zwei Kohlenbaracken, eine Fahrradbaracke, ein Gefängnisbunker, eine Sanitätsbaracke, eine „Entlausungsbaracke“, eine Isolierbaracke für Tbc-Kranke, eine Wäscherei- und Heizungsbaracke sowie eine Verwaltungs- und Verkaufsbaracke.

Die Planzeichnung und die ergänzenden Quellen verweisen darauf, dass in diesem Lager nahezu übergangslos miserable Lebensumstände herrschten. Das hatte zur Folge, dass zahlreiche sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter/innen an Tuberkulose erkrankten oder körperlich völlig verfielen. Bereits der Lageplan vom August 1942 weist eine erste Tbc-Baracke aus, die im Frühjahr 1943 durch eine Isolierbaracke für die hoffnungslos erkrankten Arbeitskräfte ergänzt wurde. Über die Hintergründe dieser Erweiterung berichtete die Eibia GmbH am 28. April 1943 an die Montan:

*„Unter den Ostarbeitern, die in obigem Lager untergebracht sind, treten in letzter Zeit bedenklich viel Erkrankungen an Tuberkulose auf. Nach unseren Verhandlungen mit dem Gesundheitsamt in Nienburg betreffs Rücktransport dieser Kranken wurde uns von Herrn Ob.-Medizinalrat H. eindeutig erklärt, daß eine Übernahme oder Rücktransport nicht infrage kommt und wir für die Unterbringung dieser Kranken, deren Heilung ausgeschlossen ist und die daher ihrem Schicksal zu überlassen sind, selbst sorgen müßten.“*⁴¹

Bis in das Jahr 1945 kam es zu zahllosen Todesfällen, wobei die Gräberliste des Fleckens Steyerberg über 2 000 Todesopfer aus Osteuropa ausweist, die auf dem Friedhof Hesterberg beigesetzt sind. Als Gründe für die hohe Sterblichkeit unter den sowjetischen Arbeiterinnen und Arbeitern führte der ehemalige „Unterlagerführer“ des „Ostarbeiterlagers“, Horst P. aus Steyerberg, an: *„Die kriegten soundsoviel Brot und soundsoviel Gramm Margarine, davon ging noch soundsoviel wieder ab für den Eintopf. Die kriegten genau ihre Zuteilung. Die Leute kamen dann immer wieder: ‚Brot wenig!‘. Ich konnte es ja auch nicht ändern. Ich hatte einen Fall, da bekamen sie diese Magermilch ausgegeben. Da kam jemand mal auf die Idee,*

⁴⁰ Lageplan des B.L. Liebenau II Holz – (Steyerberg) – 2000 + 1000 Mann, betr. Erweiterungen = Isolier-Bar. u. zusätzl. Maschendraht-Umwehr“, 17.8.1942, BA R 121/2979, unpaginiert.

⁴¹ Eibia (Technische Abteilung Bau) an Montan, 28.4.1943, BA, R 121/2982, unpaginiert.

*diese Magermilch wegzulassen. Und plötzlich hatte ich in einer Woche fünf Tote. Die Leute gingen in den Betrieb, machten ihre 20 bis 25 Felle, die Pulverfelle wurden gewalzt und auf dem Rückweg vom Arbeitsplatz zum Lager gingen sie ins Gebüsch, legten sich hin und sind gestorben wegen Unterernährung.“*⁴² Dass die Lebensbedingungen der „Ostarbeiter/innen“ im Steyerberger Lager überdurchschnittlich schlecht waren, offenbarte sich auch im geheimen Bericht des Oberkommandos des Heeres (Munitionsabteilung) vom 7. August 1942: *„Eine kürzlich stattgefundene Besichtigung des Russenlagers bei der Fa. Eibia G.m.b.H. in Liebenau ergab die gleichen Zustände [wie bei einem Werk der Dynamit AG in Christianstadt, Gu]. In diesem Werk sind etwa 700 Russen aus Schostka vom OKH eingesetzt worden. Diese erhalten als warme Verpflegung fast ständig entweder gekochte Wasserrüben oder die gekochten Blätter der Wasserrüben. Es sind von den in diesem Werk eingesetzten Russen täglich außer der zu leistenden Arbeit 18 km Fußmarsch vom Lager zum Werk zurückzulegen, was bei der obengeschilderten Ernährung nicht mehr durchführbar ist.“*⁴³

Am südlichen Rand des Werksgeländes und nördlich des „Ostarbeiterlagers“ lag das „Reeser Lager“, das zunächst vom RAD, dann von polnischen, französischen, belgischen und niederländischen Fremd- und Zwangsarbeitern belegt war. Es soll für die Unterbringung von knapp 2 000 Personen angelegt gewesen sein und ab 1941 zudem als sogenanntes „Sterbelager“ für sowjetische Kriegsgefangene gedient haben. Ob im „Reeser Lager“ oder im „Ostarbeiterlager“ untergebracht: Die Lebenserwartung blieb für die sowjetischen Kriegsgefangenen in Steyerberg extrem niedrig. Sie waren über die Kriegsgefangenenlager in Wietendorf (Stammlager = Stalag X D) sowie Sandbostel (Stalag X B) in das Nienburger Stalag X C überstellt worden. Dort wiederum teilte man sie dem Arbeitskommando mit der Bezeichnung „Liebenau II Steyerberg 5799“ zu, was die Überstellung nach Steyerberg mit dem Arbeitseinsatz in der Pulverfabrik zur Folge hatte.⁴⁴ Dementsprechend waren Mitte Oktober 1941 über 1 000 sowjetische Kriegsgefangene von Nienburg nach Steyerberg gebracht worden. Vier Wochen später, am 19. November 1941, beschwerte sich die Firma

⁴² Bericht Horst P. aus dem Jahr 1987; in: Archiv Steyerberg, Akte 915, unpaginiert, vgl. Script Radio Bremen, Beitrag „Ein Wald voller Pulver“, Sendung vom 19.03.1987.

⁴³ OKH 66 h 10.25 Wa J Rü (Mun3/Vd) an Reichsminister für Bewaffnung und Munition, 7.8.1942, BA, R 41/269, Bl. 186.

⁴⁴ Angaben zu den Haftstationen der sowjetischen Kriegsgefangenen und dem „Arbeitskommando 5799“ finden sich in den Einträgen auf ihren Personalkarten; In: Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation – ZAMO, Podolsk, Abt. 9 – Verluste der Mannschaftsdienstgrade und Unteroffiziere, hier: Akte 977532/105. Für den Hinweis auf diese Unterlagen danke ich Rolf Keller vom Zentralnachweis zur Geschichte von Widerstand und Verfolgung 1933 – 1945 auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen (ZNW). Zur Geschichte des Stalag X c Nienburg vgl. Patricia Berger, Frank Thomas Gatter, Hans Klusmann-Burmeister; In fremder Erde namenlos begraben (= Beiträge zur Nienburger Stadtgeschichte, Reihe A, Band 6), Nienburg 1991.

Wolff & Co. über deren mangelnde Leistungsfähigkeit: „Die Ursache für diese Leistungsminderung liegt m. E. darin, dass der Gesundheitszustand der Sowjet-Kriegsgefangenen so gelitten hat, dass tatsächlich eine größere Leistung nicht erwartet werden kann. Dieses wird wohl einwandfrei dadurch erhärtet, dass von 18.10.41 bis heute von insgesamt 1115 Mann bereits 290 Gefangene verstorben sind.“⁴⁵ Trotz dieser Intervention nahmen die Todesfälle nicht ab. So berichtete ein Arzt knapp fünf Monate später dem Gesundheitsamt der Bezirksregierung Hannover, „dass in dem Lager Steyerberg⁴⁶ von 1200 kriegsgefangenen Russen 600 gestorben seien. [...] Z. Zt. seien im Russenlager noch 80 Verdachtsfälle vorhanden, während neuerdings 40 Russen gestorben seien.“⁴⁷ Um diesen recht unpersönlichen Fakten und Zahlen ein wenig entgegenzuwirken, sollen an dieser Stelle zumindest die Lebensdaten von drei dieser sowjetischen Kriegsgefangenen exemplarisch erwähnt werden. Der am 14.05.1903 geborene Landwirt Hatim Parowasew war als russischer Soldat am 5. September 1941 in Elnja in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten. Nach seiner Ankunft im Reichsgebiet wurde er im Stalag X B Sandbostel unter der Erkennungsnummer 120 814 registriert. Ende November 1941 nach Steyerberg überstellt, starb er dort am 6. Dezember 1941 an Magen- und Darmkatarrh. An Lungentuberkulose starb am 19. Dezember 1941 der am 15. September 1907 geborene Soldat Iwan Eschinakov. Er war am 15. September 1941 in Leningrad gefangen genommen und in Sandbostel mit der Nummer 116 257 erfasst worden. Für den am 7. Juli 1903 geborenen Iwan Petrow begann die Kriegsgefangenschaft am 6. Oktober 1941 bei Deminsk. Im Stalag X B erhielt er die Erkennungsnummer 116 604. Er starb am 24. Dezember 1941 in Steyerberg. Als Todesursache ist „Erschöpfung“ angegeben.⁴⁸

Das „Arbeitserziehungslager“ Liebenau

Das im Sommer 1940 von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) Hannover in Kooperation mit der Firma Wolff & Co. eingerichtete sog. „Polizei-Gewahrsamslager“ an der Schlossstraße in Liebenau wurde später in „Arbeitserziehungslager“ (AEL) Liebenau umbenannt. Es gehörte zu den über 200 Lagern dieser Art, die unter Federführung der Gestapo bis zum Kriegsende im gesamten Reich entstanden. Unabhängig vom System der SS-Konzentrationslager hatte die Gestapo sich damit ein eigenes flächendeckendes Straf- und

⁴⁵ Neubaubüro Wolff & Co. an Stalag X c Nienburg, 19.11.1941, Nürnbg. Dok. PS-1202.

⁴⁶ Falsche Schreibweise im Original: Steierberg.

⁴⁷ Gesundheitsamt der Bezirksregierung Hannover, „Akte Fleckfiebermeldungen“, Nds. HSTA Hannover, Hann. 80. Hann. II F, Nr. 332,.

⁴⁸ Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation – ZAMO, Podolsk, Abt. 9 – Verluste der Mannschaftsdienstgrade und Unteroffiziere, Akte 977531/72.

Zwangsinstrument gegenüber „arbeitsvertragsbrüchigen“ ausländischen Zwangsarbeitern und deutschen Arbeitskräften geschaffen. Geringfügigste Verstöße gegen immer schärfere Arbeitsordnungen in den Betrieben, gegen die zunehmende Militarisierung der Arbeitsbeziehungen, oder aber „missliebigeres Verhalten“ wurden mit der Einweisung in die AEL geahndet. Bei Kriegsende hatten die „Arbeitserziehungslager“ eine Kapazität von 40 000 Häftlingen, so dass im gesamten Kriegsverlauf nach vorsichtigen Schätzungen mehrere hunderttausend Menschen von der Haft im AEL betroffen waren. Sie wurden dabei Haftbedingungen ausgesetzt, die sich von denen der Konzentrationslager kaum unterschieden. Dabei ging die Initiative zur Errichtung solcher „Strafarbeitslager“ zumeist von Industrieunternehmen aus. Um einen hohen Abschreckungseffekt in den jeweiligen Firmen und Standorten erzielen, gleichzeitig aber die Arbeitskraft der Häftlinge schneller wieder verwerten zu können, waren die Haftzeiten im Einvernehmen mit der Gestapo begrenzt worden. Sie konnten von drei Wochen bis hin zu 56 Tagen ausgedehnt werden.⁴⁹ Das „Arbeitserziehungslager“ Liebenau war eines der ersten seiner Art.⁵⁰ Es handelte sich um ein Holzbarackenlager mit Stacheldrahtumzäunung, das nachts von Scheinwerfern hell erleuchtet wurde. Das Lager bestand bis zum Mai 1943, als die Gestapo es auflöste und die verbliebenen Häftlinge in das neue AEL Lahde (bei Minden) zum Bau eines Kraftwerkes verlegte.

Wie die Staatsanwaltschaft Verden im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen ehemalige Wachleute des AEL zu Beginn der 1960er feststellte, war dieses Lager eingerichtet worden, „damit der Rüstungsfirma Eibia - Wolff & Co. - (billige) Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden konnten.“⁵¹ So hatte Wolff & Co. den Bau des Lagers auf Betreiben der Rüstungsinspektion Hamburg offensichtlich unterstützt, indem man sich wegen massiver Probleme (Arbeitsniederlegungen, Fernbleiben, „Widersetzlichkeiten“) bei der Errichtung der

⁴⁹ Zum System der „Arbeitserziehungslager“, die Rolle von Gestapo und Industrie sowie die Ausprägung der Haftbedingungen vgl. die grundlegende Studie von Gabriele Lotfi, *KZ der Gestapo – Arbeitserziehungslager im Dritten Reich*, Stuttgart/München 2000.

⁵⁰ Ausführlichere Analysen zum „Arbeitserziehungslager“ Liebenau in: Rolf Wessels, *Das Arbeitserziehungslager in Liebenau 1940 – 1943*, Nienburg 1990 (= Historische Schriftenreihe des Landkreises Nienburg/Weser, Band 6); Gregor Espelage, *Das Arbeitserziehungslager Liebenau. Ein Lager der Firma Wolff & Co. mit Unterstützung der Gestapo Hannover*; in: *KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.), Die frühen Nachkriegsprozesse (= Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Bd. 3)*, Bremen 1997; Andrea Tech, *Arbeitserziehungslager in Nordwestdeutschland 1940-1945*, Diss. phil., Hannover 1998.

⁵¹ Umfangreiche Unterlagen zum Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Verden in: Staatsarchiv Stade, Bestand Rep 171 Verden acc 66/88. Soweit nicht anders oder zusätzlich ausgewiesen, handelt es sich bei den folgenden Zitaten um Erkenntnisse und Aussagen der Staatsanwaltschaft aus diesem Verfahren.

Pulverfabrik Liebenau an die zuständigen Gestapostellen wendete. In der Fabrik hatten damals 800 Polen und 500 Slowaken unter völlig unzureichenden Bedingungen arbeiten müssen, denn es fehlte angesichts der winterlichen Temperaturen vor allem an der notwendigen Kleidung.⁵² Die vernachlässigten Arbeitskräfte reagierten mit Protesten, Petitionen und Arbeitsverweigerungen, worauf es zu ersten KZ-Einweisungen oder Polizeihaft kam. Auch die Montan GmbH schaltete sich ein und forderte vor allem gegenüber den polnischen Arbeitern harte Maßnahmen und ihre Inhaftierung unter Polizeibewachung durch Umzäunung ihres damaligen Wohnlagers.⁵³ Das genaue Datum der Einrichtung des Lagers im Jahr 1940 sowie der zeitliche Übergang vom sog. „Polizei-Gewahrsamslager“ zum späteren „Arbeitserziehungslager“ im Jahr 1941 sind zur Zeit noch nicht exakt bestimmbar. Die durchschnittliche Zahl der Lagerhäftlinge wird in verschiedenen Quellen mit 350 bis 500 Personen angegeben. Das stacheldrahtbewehrte Lager wurde im Jahr 1941 durch zusätzliche Baracken erweitert. Nach Aussage des Baustellenleiters von Wolff & Co. war es im Jahr 1943 mit 700 Häftlingen vollkommen überbelegt. Neben der Ausbeutung der Arbeitskraft diente das Lager vor allem zur „Abschreckung“, Einschüchterung und Disziplinierung der Arbeitskräfte auf der Baustelle der Pulverfabrik. Es kam es aber auch zu Einweisungen von politischen Gegnern aus den Gestapo-Bezirken Hannover und Hildesheim⁵⁴, wobei das Lager als Ausweich-Haftstätte für das überfüllte Amtsgerichtsgefängnis Nienburg genutzt wurde. Weitere Haftgründe waren sogenannte „Rassenschande“ und das „Hören von Feindsendern“. In enger Zusammenarbeit zwischen Wolff & Co. und der Gestapo - vertreten durch den Betriebsingenieur der Firma und Nienburgs Gestapoleiter R. - war eine Liste der Delikte erstellt worden, die mit der AEL-Haft geahndet werden sollten: *absichtliches langsames oder fehlerhaftes Arbeiten, Unpünktlichkeit, Fernbleiben, Vortäuschen einer Erkrankung oder Selbstverletzung, Ungehorsam gegen betriebliche Vorgesetzte, „Miesmacherei“, Aufforderung zum Streik o.ä.* Zu den Haftgründen äußerte sich Lagerkommandant Winkler im Jahr 1962: *„Die Fremdarbeiter hatten zum Beispiel auf den ‚freien Arbeitsstellen‘ nicht ausreichend gearbeitet und wurden dann für 21 Tage oder 42 Tage eingewiesen. Als Deutscher konnte man schon als ‚Querulant‘ eingewiesen werden, wenn es zur KZ-Einweisung noch nicht reichte.“* Zu den Lebensbedingungen im Lager stellte die Staatsanwaltschaft Verden im gleichen Jahr fest: *„Die allgemeinen Lagerverhältnisse*

⁵² Landrat Nienburg, Wirtschaftsamt vom 02.12.1939 über die Lebensumstände der ausländischen Arbeitskräfte im Landkreis, in: Stadt- und Kreisarchiv Nienburg, vorl. Nr. A/918, nicht paginiert

⁵³ Aktenvermerk der Montan GmbH vom 22.12.1939, zitiert nach Gregor Espelage, AEL Liebenau, S. 95

⁵⁴ Ermittlungsverfahren: Bericht Sonderkommission vom 31.05.1962

entsprachen im wesentlichen denen eines Konzentrationslagers. Die Häftlinge mußten bei schlechter Verpflegung schwer arbeiten und wurden häufig mißhandelt. Die ärztliche Versorgung war mangelhaft. Infolge dieser Verhältnisse starb eine große Zahl von Häftlingen.“

Im Lager wurden die Häftlinge von Polizeireservisten der Schutzpolizei Hannover bewacht, auf dem Arbeitsweg und auf der Baustelle übernahm dies der Werkschutz der Firma Eibia. Ein ehemaliger Eibia-Wachmann berichtete nach 1945: „*Wir hatten die Anweisung, auf die Häftlinge zu schießen, wenn sie von den Baustellen flüchten wollten.*“ Von den Häftlingen des AEL, die ausschließlich bei der Errichtung der Werksbauten eingesetzt wurden (schwere Rodungs- und Erdarbeiten, Fundamenterstellung etc.), sind nach Aktenlage die folgenden russischen Arbeiter auf der Baustelle der Firma Wolff & Co. erschossen worden: Michael Babag am 22. Juni 1942 durch Kopfschuss, Gregori Zadarozny am 4. September 1942 durch Bauchschuss und Wasil Lewtschenko am 3. Dezember 1942 durch Kopfschuss.⁵⁵ Im gleichen Jahr wurden drei weitere russische und ein polnischer Arbeiter durch Kopf-, Herz- und Lungenschüsse getötet. Misshandlungen, Prügel und Schikanen durch die beteiligten Wachleute und deren Hilfskräfte gehörten zum Alltag der Häftlinge⁵⁶, wobei die Staatsanwaltschaft im Jahr 1963 feststellte: „Alle im Lager bediensteten Wachleute mußten mehr oder weniger unumwunden zugeben, die Häftlinge mißhandelt zu haben.“ Zur mangelhaften Verpflegung und den Folgen werden hier drei Aussagen ehemaliger Lagerhäftlinge aus dem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft exemplarisch herangezogen:

- a) *„Hierzu (zum Abendessen, Gu) gab es zumeist zwei oder drei ungeschälte Kartoffeln und dazu einen Löffel Rüben, d.h. eine Suppe aus Rüben, Spinat, jungem Kohl, etwa 1/4 L. Zumeist war diese Suppe nicht gut zubereitet. Die Kartoffeln waren überwiegend verfault oder gefroren.“*
- b) *„Die Arbeit war furchtbar schwer, wenn man unsere Verpflegung bedenkt, unsere Kleidung und die Stunden, die wir bei Wind und Wetter verbringen mußten - das alles überstieg unsere Kräfte.“*
- c) *„Die Häftlinge starben während der Arbeitszeit vor Erschöpfung. Nach der Arbeit trug man die Leichen zum Lager. Solche Fälle ereigneten sich mehr als zehn Mal wöchentlich.“*

⁵⁵ Ermittlungsverfahren: Zweiter Ermittlungsbericht der Sonderkommission vom 31.08.1962

⁵⁶ Neben den Berichten aus dem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Verden vgl. auch die Unterlagen aus britischen und amerikanischen Ermittlungs- und Gerichtsverfahren in: Public Record Office London, WO 235/31 und 39; National Archives Washington, RG 338-000-50-51, Kopien in ZNW.

Der Staatsanwalt Verden kam zum Schluss „*daß die Häftlinge trotz der ihnen zustehenden Schwerstarbeiterrationen im Lager außerordentlich schlecht gepflegt wurden und deshalb nach längerem Lageraufenthalt erheblich entkräftet waren.*“ Einen Eindruck vom Gesundheitszustand der Liebenauer Häftlinge vermittelt auch der Bericht des Leitenden Arztes der medizinischen Abteilung des Städtischen Krankenhauses Ricklingen in Hannover vom 10. September 1942, wobei Dr. H. in seinem Schreiben an die Verwaltung des eigenen Hauses die Hilfsleistung einzuschränken wünschte: „*In letzter Zeit sind uns wiederholt ausländische Strafgefangene aus dem Gefangenenlager Liebenau zur Behandlung eingewiesen. Zum größten Teil handelt es sich bei diesen Kranken um schwere Mangelzustände mit hochgradigen Oedemen etc., andererseits um chirurgische Krankheitsbilder (umfangreiche Phlegmonen etc). Die Patienten kommen in einem derart reduzierten Zustand zur Aufnahme, daß für die stationäre Behandlung bis zur Wiederherstellung der Haftfähigkeit in der Regel viele Wochen bzw. Monate erforderlich sind. Wir halten es für unsere Pflicht, auf diesen Umstand hinzuweisen, da es uns fraglich erscheint, daß unter den heutigen Verhältnissen für ausländische Strafgefangene ein derartiger Aufwand verantwortet werden kann, zumal infolge Überbelegung der Krankenhäuser deutsche Kranke zum Teil abgewiesen werden müssen und im Übrigen ein empfindlicher Mangel an Medikamenten, Verbandstoff etc. besteht. Unseres Erachtens wäre es unbedingt angebracht, derartige Kranke in einer dem Gefangenenlager angegliederten Krankenbaracke unterzubringen.*“⁵⁷

Während des Kriegsverlaufes hatte das Standesamt Liebenau insgesamt 277 Todesfälle unter Zwangsarbeitern beurkundet. Davon starben 250 Menschen allein im „Arbeitserziehungslager“: 164 Russen, 69 Polen, sechs Deutsche, drei Dänen, drei Belgier, zwei Franzosen, ein Holländer, ein Serbe und ein Marokkaner.⁵⁸ Als Todesursache trug der Standesbeamte zumeist „Kreislaufstörung“ oder „Herzschwäche“ ein. Außerdem wurden eingetragen: „tödliche Lungenentzündung“, Vergiftungen, sieben Erschießungen und zwei Selbstmorde. Der marokkanische Staatsangehörige Mohamed Bachir ist nach Aussagen eines Wachmannes von ein oder zwei Schutzpolizisten erschlagen worden. Im Liebenauer Standesamt findet man unter seinem Namen die Todesursache „Kreislaufschwäche“ beurkundet. Zur Praxis der Totenbegutachtung äußerte sich der zuständige Arzt nach 1945:

⁵⁷ Nds. HSTA Hannover, Nds 300, Acc. 27/71, Nr. 147, unpaginiert.

⁵⁸ Sterberegister der Samtgemeinde Liebenau sowie Aufstellung des Liebenauer Bürgermeisters vom 19.10.1945 an den Landrat in Nienburg betr. „aller in der Gemeinde Liebenau seit September 1939 verstorbenen Ausländer“, in: Samtgemeinde Liebenau, Standesamt

„Ich habe in einer Vielzahl von Fällen natürlich den natürlichen Tod von Fremdarbeitern in dem Lager Liebenau bescheinigt. In allen Fällen habe ich die Leichen nicht zu Gesicht bekommen.“

Zeitweise wurde das AEL auch als „Gestapo-Hinrichtungsstätte“ genutzt, wobei die Hinrichtung von mindestens neun Menschen nachgewiesen ist. Vier dieser Hinrichtungen durch Erhängen sind in den Liebenauer Standesamtslisten registriert.

Ein „Werksfriedhof“

Die insgesamt ungefähr 2 000 Todesopfer der Pulverfabrik Liebenau waren zunächst an mehreren Stellen außerhalb des Betriebsgeländes verscharrt worden. 1950 fanden sie auf dem vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge am Rande des Betriebsgeländes angelegten Friedhof in Deblinghausen/Hesterberg ihre letzte Ruhe. Weitere Gräber entstanden dort zudem im Zuge von regionalen Umbettungsmaßnahmen nach 1950, wobei osteuropäische Opfer beider Weltkriege von Friedhöfen unterschiedlichster Gemeinden aus der Umgegend nach Hesterberg überführt wurden. Unter den Toten finden die Besucher/innen auch polnische, jugoslawische und rumänische Kinder. Heute ist der Friedhof Hesterberg eine Kriegsgräbergedenkstätte. Die Toten aus den „westlichen“ Ländern wurden auf den örtlichen Dorffriedhöfen beerdigt.